

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

15.8.1930 (No. 188)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
L. B.:
G. H. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und bewirkt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bezogen. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Um den Butterzoll

Auf der Suche nach einem Ausgleich

M. Berlin, 15. Aug. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett hat gestern infolge gegenseitiger Stellungnahme keine Entscheidung über den deutsch-finnländischen Handelsvertrag treffen können. Wegen der Forderung der Kündigung durch den Reichsernährungsminister Schiele, die auch von Treviranus und dem Reichslangler unterstützt wird, haben sämtliche Zentrumsminister und außerdem Staatssekretär Trendelenburg, der den fehlenden Reichswirtschaftsminister ersetzte, scharf Stellung genommen.

Man hat infolgedessen eine Regierungsvorbesprechung, die des sogenannten Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Kabinetts anderaumt, ist aber noch keineswegs sicher, daß das Kabinett sich heute noch mit der Frage befassen wird. Es scheint vielmehr, als ob man versuchen möchte, auf diplomatischem Wege, etwa in Form eines Zusatzabkommens zum Handelsvertrag, eine für Industrie und Landwirtschaft gleich tragbare Lösung zu finden.

Zu den Meldungen, daß Reichsernährungsminister Schiele mit Rücktritt gedroht habe, falls die Kündigung nicht beschlossenen werde, wird erklärt, daß er lediglich darauf hingewiesen habe, daß diese Frage im Rahmen seiner Politik von wesentlicher Bedeutung sei.

Dem Berliner „Börsefuzer“ zufolge will man in Regierungskreisen einen Weg finden, der es ermöglicht, ohne Verletzung des Zollvertrags den Wunsch der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Deutschland hat zwar das Abkommen über den Zollvertragsstand noch nicht ratifiziert, aber seine Vertreter haben an der Entfaltung des Abkommens in Genuß maßgebend mitgearbeitet. Diese Gesichtspunkte haben bei der Kabinettsberatung eine wesentliche Rolle gespielt. Und es hat den Anschein, als ob die Regierung erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen will, ehe sie sich zu dem folgenreicheren Schritt der Kündigung entschließt.

Der Protest der Industrie

Gegen die Kündigung nahmen die industriellen Verbände Stellung, da sie unter Umständen Rückwirkungen auf die Handelsverträge mit Dänemark, Holland, Frankreich, der Schweiz und Italien zur Folge haben könne. Auch wird es als wenig zweckmäßig bezeichnet, das ganze Handelsvertragsystem im gegenwärtigen Zeitpunkt aufzurollen.

In einer Denkschrift an den Reichslangler hat der Verein deutscher Maschinenbauanstalten darauf hingewiesen, wie sich bereits der Vorkriegsstand in Holland auswirkt. Es heißt da: Um das Ziel der interessierten agrarischen Kreise, nämlich Aufhebung aller Zölle für landwirtschaftliche Produkte, zu erreichen, müßten auch die wichtigsten Handelsverträge Deutschlands mit Holland, Frankreich, Dänemark, der Schweiz und Italien gekündigt werden, da in all diesen Verträgen die deutschen Zölle ebenfalls gebunden sind. Ohne Kündigung dieser Verträge könnte selbst nach Wegfall der Bindungen für Zölle gegenüber Finnland doch keine wirksame Zoll-erhöhung vorgenommen werden. Die Forderung nach Kündigung des Handelsvertrags mit Finnland bedeutet also den Verlust zu einer vollständigen Preisgabe der Handelsverträge, auf denen die günstige Entwicklung der deutschen Industrieausfuhr, insbesondere der für Maschinen, in den letzten Jahren beruht.

Die Vertreter der Industrie sind der Meinung, daß es unmöglich sein werde, neue Verträge in allen diesen Ländern in gleicher Weise abzuschließen. Außerdem sei die Abwehrbewegung gegen deutsche Waren und die Erbitterung über die starke Erhöhung der deutschen Agrarzölle in diesen Ländern schon stark fortgeschritten. Ferner habe die englische Industrie es sehr geschickt verstanden die Lage auszunützen und in allen diesen Ländern für ihre Erzeugnisse lebhaft Propaganda zu machen mit der Begründung, daß England ein viel besserer Abnehmer für die agrarischen Produkte der betreffenden Länder sei und ganz im Gegensatz zu Deutschland auf die Einfuhr dieser Agrarerzeugnisse keinen Zoll erhebe.

Die agrarischen Verbände verlangen weiter die Kündigung. Auch der Vorstand der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei des Reichsernährungsministers Schiele hat am Donnerstag, daß der jetzige Zustand der zolltechnischen Regelung in Butter- und Molkereiprodukten im Interesse der bäuerlichen Betriebe nicht mehr länger ertragen werden könne, die sofortige Kündigung des Handelsvertrages gefordert. Auf einer Tagung des landwirtschaftlichen Beirats der rheinischen Zentrumspartei sprach Reichsminister a. D. Hermes über die Agrarpolitik des Zentrums. Der deutsch-finnische Handelsvertrag beeinflusse die Grundlagen der wichtigsten deutschen landwirtschaftlichen Gebiete und der Milchwirtschaft. Zur Haltung der Industrie hinsichtlich der geschiederten privatwirtschaftlichen Verhandlungen zur Änderung des Butter- und Käsevertrages führte Dr. Hermes aus, daß die Haltung der Industrie vom Standpunkt der deutschen Landwirtschaft aus als ein Verstoß gegen die flachen Vereinbarungen aufgefaßt werde, die die Landwirtschaft mit der Industrie getroffen habe. Die Landwirtschaft fordere nunmehr schleunigste Kündigung des deutsch-finnischen Vertrages. Diese Kündigung müsse jetzt durchgeführt werden, wenn man nicht die deutsche Milchwirtschaft untergehen lassen wolle.

Letzte Nachrichten

Die Treviranus-Rede

M. Berlin, 15. Aug. (Priv.-Tel.) Der polnische Außenminister, Jaleski, hat nach seiner Rückkehr nach Warschau dem deutschen Geschäftsträger in Warschau gegenüber einen Protest gegen die bekannte Rede des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Treviranus, erhoben. Der deutsche Geschäftsträger hat jede Erörterung als unmöglich abgelehnt, aber hinzugefügt, daß Treviranus sich in seinen Ausführungen durchaus im Rahmen der bestehenden Verträge gehalten habe, und daß seinen Worten keinerlei kriegerische Absichten unterlagen.

Schiele und Herr von Oldenburg

M. Berlin, 15. Aug. (Priv.-Tel.) Der Meldung einiger Blätter über eine geheimnisvolle Zusammenkunft zwischen dem Reichsernährungsminister Schiele und dem Reichstagslandtagsabgeordneten der Deutschnationalen, dem bekannten Herrn von Oldenburg, Januskauf, über ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen und über Wiederveranschmelzung der Parteien des Landvolks und der Deutschnationalen erfahren wir von zuständiger Stelle, daß Herr von Schiele und Herr von Oldenburg seit Jahren freundschaftlich verkehren und Herr von Oldenburg mehrfach bei Schiele zu Besuch gewesen ist. Das ist auch in den letzten Tagen der Fall gewesen. Über Politik und Parteien ist aber dabei mit keiner Silbe gesprochen worden. Am allerwenigsten trifft eine Meldung zu, daß der Reichspräsident die Vermittlung zwischen beiden übernommen habe. Außerdem wird von amtlicher Stelle aufs neue betont, daß der Reichspräsident sich während des Wahlkampfes bisher jeder parteipolitischen Stellungnahme enthielt und auch weiter enthalten werde.

Die Osthilfe

Verständigung zwischen Reich und Preußen
M. Berlin, 15. Aug. (Tel.) Wie bereits mitgeteilt, ist vor einigen Tagen in den Verhandlungen über die Durchführung der Osthilfe zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung eine Verständigung erzielt worden. Sie beruht auf folgender Grundlage: Zur einheitlichen Durchführung der Osthilfe wird eine dem Reichslangler unmittelbar unterstellte Oststelle geschaffen. Der Reichspräsident hat den Vorschlag entsprechend inwischen ihre Leitung dem Reichsminister Treviranus und dem preussischen Staatsminister Dr. h. c. Dirks übergeben. Auch die Stellvertreter sind ernannt. Der Sitz der Oststelle ist in der Reichskanzlei in Berlin. Der besondere Aufgabenkreis der Oststelle ist die Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen der landwirtschaftlichen Kredithilfe sowie des Vollstreckungsschutzes. Darüber hinaus soll sie aber auch auf eine einheitliche Politik der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung in allen Ostfragen hinwirken. Der Oststelle unterstellt sind die bereits in einer Durchführungsverordnung vom 8. August vorgesehenen Landstellen. Der Zeitpunkt, zu dem die Landstellen ihre Geschäftstätigkeit beginnen, wird noch bekanntgegeben. Die Oststelle bei der Reichskanzlei hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen.

Vor deutsch-dänischen Veterinärverhandlungen

M. Berlin, 15. Aug. (Tel.) Bekanntlich sind von dänischer Seite bei der Reichsregierung Vorstellungen wegen der aus Anlaß des Auftretens von Maul- und Klauenseuche in Dänemark deutschseits angeordneten veterinärärztlichen Maßnahmen erhoben worden. Die Reichsregierung hat nunmehr der dänischen Regierung mitgeteilt, daß sie bereit ist, die Angelegenheit zum Gegenstand von Erörterungen beiderseitiger Veterinärfachverständiger zu machen.

Die Folgen der amerikanischen Dürre

W. Washington, 14. Aug. (Neuter.) (Tel.) Präsident Hoover eröffnete heute nachmittags im Weißen Hause eine Konferenz von Staatsgouverneuren, die sich mit der Frage der Nothilfe für die von der Dürre heimgesuchten Gebiete befaßte. Die Gouverneure von zehn von der Trockenheit betroffenen Staaten und Vertreter der Gouverneure anderer Staaten waren anwesend. Vor Beginn der Sitzung sagte ein Vertreter von Kentucky, daß die Weisernte in seinem Staate nur 10 Proz. der Tabakernte 20 Proz. und die Guenernte 5 Proz. der normalen Höhe erreicht habe. Inzwischen hat der Oberste Gerichtshof des Staates New York eine öffentliche Unteruchung der Frage angeordnet, ob Lebensmittel- und Milchhändler sich zusammengeschlossen haben, um unter Verufung auf die Dürre die Preise zum Nachteil des Publikums in die Höhe zu treiben.

Glatter Flug des R 100

W. London, 15. Aug. (Tel.) Das Luftschiff „R 100“ hatte heute morgen fast die Hälfte der Strecke zwischen Montreal und Cardington ohne Zwischenfall zurückgelegt.

Wirtschaftliche Umschau

Straßenbau als Notstandsarbeit — Deutsche Baustoffe: Stein und Holz — Das Stickstoffabkommen

Die neu begründete „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“, die bekanntlich mit Reichsmitteln und unter Reichsaufsicht Geld für wertschöpfende Anlagen herbeischaffen soll, soll auch dem Ausbau des deutschen Straßennetzes ihre Aufmerksamkeit schenken. Hier ist es aber nicht nur notwendig, daß Erwerbslose bei dem Straßenbau beschäftigt werden, sondern daß dabei ausschließlich deutsche Baustoffe Verwendung finden, um auch die Baustoffindustrie und deren Arbeiter in Lohn und Brot zu bringen. Es handelt sich zunächst um die Steinindustrie, die ja gerade auch in Baden ein besonders notleidender Industriezweig geworden ist und bei der 80 Proz. der Produktionskosten reine Arbeitslöhne sind.

Für besonders wichtige Automobilstraßen ist die Kleinsteinpflasterdecke das Gegebene. Sie ist die dauerhafteste Decke und hat auch in den Kreisen des Automobilverkehrs wärmste Befürworter. Auch Schotter deutscher Herkunft aus den harten Basalten und Urgersteinen sind reichlich vorhanden, und die deutsche Produktion könnte auch noch in an solchen Gesteinsarten armen Grenzgebieten durch besondere Frachterleichterungen begünstigt werden. Der schwedischen Konkurrenz muß im Norden dadurch begegnet und die Schäden des deutsch-schwedischen Handelsvertrags für die süddeutsche Steinindustrie können so ausgeglichen werden. Mit Recht wird auch verlangt, daß der in überreichlichen Mengen erzeugte Leer statt des ausländischen Bitumens, auch wenn dieses in Deutschland aus eingeführtem Rohöl gewonnen wird, zum Straßenbau bevorzugt werde. Es handelt sich beim Leer um einen durchaus gleichwertigen, eher höherwertigen deutschen Rohstoff. Auch der Bau von Asphaltstraßen in den Städten, die ja überdies für den Autoverkehr wegen ihrer Glätte bei nassem Wetter direkt gefährlich sind, muß und kann nach den guten Erfahrungen mit den Beton- und Kleinsteinpflasterstraßen soweit gebremst werden, daß die Einfuhr ausländischen Asphalts nicht mehr notwendig ist.

Insbesondere beim Landstraßenbau liegen noch große Aufgaben vor. Die Umbaukosten aller deutschen Landstraßen, soweit der Umbau dringend erforderlich ist, werden auf fünf Milliarden geschätzt. In 12 bis 13 Jahren könnte man diese Bauten unter Zugrundelegung der heute verfügbaren Mittel fertigstellen. Sie könnten eine Verkehrsunigung erfahren, wenn sich der Ertrag der Kraftwagensteuer erheblich steigern sollte. Aus dem Sofortprogramm will das Reich jetzt dazu noch 100 Mill. zur Verfügung stellen. In besonderen Fällen können vielleicht auch Anleiheaufnahmen aus dem Ausland in Betracht, so bei Autostraßen, die in erster Linie dem Fremdenverkehr dienen, wie z. B. der Safraba, der geplanten großen Straße Hamburg—Basel. Auf einer kürzlich in Danzig abgehaltenen Tagung der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau wurde die Gründung einer deutschen Straßenbauforschungs-Gesellschaft, die den Wegunterhaltungspflichtigen, also Gemeinden und Ländern, Auslandsanleihen unter Berücksichtigung der Kreditwürdigkeit der geplanten Straßen verschaffen soll. Von der Reichsbank wird es allerdings als strittig bezeichnet, ob dies jetzt im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zweckmäßig sei, und ob nicht hereinkommende Auslandsanleihen besser bereit für dringendere andere Bedürfnisse zu verwenden seien.

Von den verschiedensten Seiten wird mit Recht verlangt, daß einheimisches Holz vor den Auslandscholzern bevorzugt werde, zumal es auf jeden Fall für Bauzwecke durchaus gleichwertig sei. Deutschland treibt bekanntlich im Gegensatz zu fast allen anderen Staaten der Welt eine vorzügliche Waldwirtschaft, welche die Wälder nicht nur erhält, sondern auch verbessert. Man muß in der Welt mit einem steigenden Holzbedarf und schließlich auch -mangel rechnen, der sich in absehbarer Zeit auch geltend machen wird, so daß der deutsche Waldbesitz auch eine Wertsteigerung erfahren muß. Diese für unsere Volkswirtschaft günstige Aussicht darf aber nicht dazu verleiten, gerade jetzt in den Zeiten schwerster Wirtschaftsnöte sich stärker auf ausländische Holzlieferungen zu stützen, als es notwendig ist. Das wäre Theaurierung am unrichtigen Platz, zumal fast überall die Holzeinschläge wegen des geringen Absatzes herabgesetzt werden mußten. Eine Ver-

ordnung der österreichischen Regierung, die für öffentliche Bauten ausschließlich inländische Baustoffe, insbesondere inländisches Holz vorschreibt, ist durchaus nachahmenswert.

Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß zum Bau des Großendlers in Mühlaber von der Reichspost nur amerikanisches Pechkiefernholz für zweckentsprechend gehalten wurde, während zu gleicher Zeit Dänemark eine Schiffsladung ostpreussischer, also deutscher Kiefernholzes zum Bau von Funktürmen kaufte. Eine Reihe von Fällen wird, nicht nur aus Norddeutschland, berichtet, wo bei öffentlichen Bauten des Reichs schwedisches Holz deutschen Hölzern unnötigerweise vorgezogen wurde. Dabei handelt es sich vielfach um aus dem Ausland bezogene Schnittware, fertige Türen usw., so daß nicht nur das Geld für den Rohstoff ins Ausland geht, sondern auch der deutschen Holzindustrie der Verdienst und die Arbeitslöhne dafür verlorengehen. Die deutsche Holzindustrie ist durchaus in der Lage, einwandfreie und vollwertigen Wertstoff deutscher Herkunft zu liefern, während manche Auslandshölzer sogar direkt minderwertig sind. Auch für das deutsche Holz kann im Interesse der deutschen Volkswirtschaft durch entsprechende Gestaltung der Bahntarife noch vieles getan werden.

Zu der Meldung, daß es zu einer internationalen Stickstoffkonvention gekommen ist, welche nicht nur die Luftstickstoffproduktion in aller Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, sondern auch die chilenische Salpeterproduktion umfaßt, wird mitgeteilt, daß dadurch eine schwere, auch die große deutsche Stickstoffindustrie bedrohende Krise verhindert worden ist. Auch im Stickstoff — einseitig, als nur der chilenische Salpeter zur Verfügung stand und die Gewinnung von Stickstoff aus der Luft noch nicht bekannt war, hörte man die Befürchtung, daß die Welt nach Erschöpfung der Ackerböden aus Mangel an diesem wichtigen Düngemittel schließlich von Hungersnöten bedroht werde — ist eine starke Überproduktion eingetreten. Noch nicht viele Jahre ist es her, daß die S. G. Farben, vornehmlich gestützt auf ihre Stickstoffproduktion, zu ihren gewaltigen Investitionen schritten. Dabei brauchte man sich auch mit der Rationalisierung der verschiedenen zu diesem Riesentrust zusammengefügten Werke nicht zu beeilen. Es ist kein Zweifel, daß die Unterbewertung der S. G. Farben-Aktien, die ein Standardpapier der deutschen Börsen wurden und von ihrer Einführung im Januar 1926 von ihrem Kurs von 114,50 schon im November des gleichen Jahres auf 384,50 stiegen, dann aber langsam auf ihren anfänglichen Stand herabsanken, vor allem durch die Entwicklung auf dem Stickstoffmarkt, neben der auf dem Kunstseidenmarkt bedingt wurde.

Der Stickstoffpakt, der 98 Proz. der europäischen und 80 Proz. der Weltstickstoffproduktion umfaßt, ist zunächst auf ein Jahr abgeschlossen, soll aber zu einem Abkommen für längere Dauer erweitert werden. Die Erzeugung wird eingeschränkt und durch einen Fonds ein finanzieller Ausgleich mit Hilfe einer geringen Abgabe auf die Stickstoffeinheit geschaffen werden. Die Deckung des inländischen Bedarfs soll in den einzelnen Ländern der heimischen Industrie vorbehalten bleiben, soweit sie zur Bedarfsdeckung in der Lage ist. Im übrigen ist der

Ausländisches von 1800 Meter Höhe

Von Erik Schöber, Heilbronn

Wenn man Gelegenheit hat, die Dinge von solcher Höhe herab zu betrachten, wollen sie dem Beschauer etwas weniger wichtig erscheinen, als wenn man drunten unmittelbar an dem brodelnden Geysserfeld steht, den unsere heutige Zeit darstellt. In dem Bestreben, der Niederung zu entgehen, sammeln sich in dem bekannten Hochtal des Engadins von Pontresina bis Maloja die Angehörigen vieler Staaten. Man hat also, wenn man sprachkundig ist, die Gelegenheit, sich mit Angehörigen aller möglichen Nationen zu unterhalten. Es liegen auch Zeitungen der verschiedenen Länder in den Hotels auf und können in zahlreichen Läden gekauft werden.

Die Ungarn sind leicht erkenntlich. Sie machen nämlich meistens einen Nordspetaktel, wenn sie miteinander sprechen. Ihr sich immer wiederholendes „ferem“ (bitte) ist kaum zu überhören. Auch Österreicher fehlen nicht. Die „Engadiner Post“ widmete Arthur Schnitzler, dem bekannten österreichischen Dichter, anlässlich seiner Anwesenheit in St. Moritz einen besonderen Begrüßungsartikel. Holländer sind auch da. Ihnen imponieren die Fernlichkeiten, mit denen das Überschreiten der nahen italienischen Grenze verbunden ist, und das Angebot an schon uniformierten Beamten und Grenzsoldaten gar nicht. Sie machen sich über diese Wichtigkeit und die Uniformen lustig, weil man bei ihnen, ähnlich wie in der Schweiz und bei uns, viel leichter Eintritt ins Land hat. Dann natürlich in großer Zahl Engländer und Amerikaner. Italiener und Franzosen stellen auch recht viele Besucher. Als einsamer Verbegegnete ich sogar einem Spanier. Seinen Ausführungen entnehme ich, daß das ein so ruhige, gemütliche, behäbig lebende Volk jenseits der Pyrenäen allmählich und namentlich in den letzten sechs Jahren mit Vereinsmiete, Festfeiern, Kongressen, Sportveranstaltungen usw. ebenso verdrängt worden ist, wie wir in Deutschland und wie die meisten anderen Bewohner des außer Rand und Band geratenen Erdballs. Bei den Spaniern wirkt sich dieser hinterverdrängte Wandel in einer furchtbar miserablen Vegetation aus, so wie bei uns in den tollsten Finanzkämpfen.

Wir Deutsche stellen immer noch ein sehr starkes Kontingent. Die Hoteliers rechnen allerdings durch die kritischen Zeiten mit einem Ausfall von mindestens 30 Prozent der Besucher. Es geht auch der Schweiz gegenwärtig gar nicht gut. Hauptindustrie, wie diejenige der Alpen und der Seide liegen darnieder. Von Verteuerungen der Mietpreise und der Lebenshaltung blieb auch die Schweiz nicht verschont. Gegenüber 1914 beträgt die Mietpreissteigerung durchschnittlich 85 Prozent und die Verteuerung der Nahrungsmittel, Brennstoffe und der Bekleidung 51 Prozent. Trotzdem ist wenigstens die Zahl der Arbeitslosen noch ziemlich niedrig. In Zürich z. B. betrug deren Zahl Ende Juni nur 928. Aber anormale Arbeitslosigkeit wird im Baugewerbe geflagt.

Stoffverkauf durch eine einheitliche Stelle vorgehen. Es werden gewisse Preisermäßigungen (bei Ammoniumsulfat und Kalziumstickstoff) angekündigt, mit denen die deutsche Landwirtschaft allerdings nicht zufrieden ist. Der Bedarf soll mit dem Konsum in Einklang gebracht, ungelinder Wettbewerb vermieden werden und die Propaganda nach einheitlichen Richtlinien erfolgen.

Südafrika fordert Unabhängigkeit

Bedingungen für das Zusammenarbeiten im Empire

W.A. Madeira, 15. Aug. (Tel.) Der Premierminister von Südafrika, General Smuts, gab an Bord des Dampfers, auf dem er sich zur britischen Reichskonferenz nach London begibt, einem Neuter-Korrespondenten ein Interview. Der Minister betonte, er halte die Anerkennung der Unabhängigkeit Südafrikas durch die Konferenz für hoch wichtig.

Unter keinen Umständen, sagte der General, kann ich in dieser Frage irgendeine Ungewissheit zulassen. Wenn der Bericht der Reichskonferenz von 1926 zur Beratung kommt, in dem die Selbständigkeit der Dominions gewährleistet wird, dann wird es klargestellt werden, daß das Recht Südafrikas, sich vom britischen Reich abzutrennen, unberührt bleiben muß, und daß unsere Unabhängigkeit nicht angetastet werden darf. Unter dieser Voraussetzung wird das südafrikanische Volk, wie ich fest glaube, bereit sein, von ganzem Herzen und immer stärker mit Großbritannien und den anderen Dominions zusammenzuarbeiten.

Über die Frage des Reichsrechts befragt, erklärte General Smuts, er halte eine solche Politik für praktisch unmöglich, und er glaube nicht, daß sie viele Anhänger in den britischen Dominions finden werde.

Die Afrikaner verlangen Freilassung Gandhis

W.A. London, 15. Aug. (Tel.) „Daily Mail“ meldet aus Lahore: Ein indischer Offizier der Poona-Kavallerie, der zu Beginn des Vormarsches der Afrikaner in Gefangenschaft geraten war, wurde gestern freigelassen. Der Befehlshaber der Afrikaner gab ihm eine Botschaft mit, in der die Freilassung Gandhis gefordert und erklärt wird, den Afrikaner sei es nicht um persönliche Vorteile zu tun; sie kämpfen vielmehr für den indischen Nationalkongress und die mohammedanische Bewegung.

Die Nanjing-Truppen vor Tsinanfu

W.A. Nanjing, 15. Aug. (Tel.) Wie das Hauptquartier mitteilt, stehen die nationalistischen Truppen, die von Siben gegen die Kommunisten operieren, im Norden in der Provinz Schantung, einige Kilometer vor Tsinanfu, wo ihr Eintreffen heute nachmittags erwartet wird.

Nach einer amtlichen chinesischen Meldung haben Ermittlungen ergeben, daß die kommunistische Bewegung in China eine einzige geschlossene Bewegung ist, und daß alle kommunistischen Gruppen nach den Weisungen einer Zentrale vorgehen. Als Ziel der kommunistischen Führer wird bezeichnet: Beseitigung der militärischen Führer und der nationalistischen Regierung, sowie Einführung des Sowjetismus in ganz China.

Gebets freigesprochen. In der Verteidigungslage des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels verurteilte der Vorläufige Senat am 14. August folgende Urteile: Die Berufung des Staatsanwalts wird verworfen. Durch die Berufung des Angeklagten wird das Urteil erster Instanz aufgehoben und der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Die Rotverordnungen über die Krankenversicherung. Nach der Rotverordnung vom 26. Juli 1930 haben die gegen Krankheit versicherten Personen von den Kosten für Arznei und Heilmittel einen angemessenen Anteil zu tragen. Zur Durchführung der Vorschrift haben die Vertreter des Deutschen Apothekervereins und der Spitzenverbände der Krankenkassen am Donnerstag ein Abkommen entworfen, das am 1. September in Kraft tritt.

Während meiner Anwesenheit im Engadin wurde das Rheintal von der Besetzung frei. Es war gar nicht so uninteressant, zu beobachten, wie Wogen hindurch in Leitartikeln der großen französischen Blätter dem französischen Volk immer klargestellt wurde, welchen Fehler es mit der Aufgabe der Besetzung gemacht habe, und wie fehlerhaft die Briandische Verständigungspolitik doch gewesen sei. Ich zitiere nur einige Sätze:

„Der Abrüstungsschwindel“ von General Denbigne. „Diesem Deutschland gegenüber muß man sehr auf der Hut sein. Gewiß, die Anhänger der Verständigung sind in der Mehrheit. Sie sind aber bis zur Stunde gar nicht besonders aktiv und dazu schlecht organisiert, während die Anhänger der Revanche überaus lebhaft und tätig sind. So steht es also in der Tat. Erinnerung wir uns jedoch, daß die Mehrheiten niemals entscheidend sind. Das ist ein Gesetz. Europa nähert sich dem Selbstmord.“ — „Der Protest der französischen Regierung war eine Notwendigkeit. Er wird die Deutschen aber nicht ändern, die eben ihrer eigenen Natur folgen und sich den Teufel um die internationale Einstellung kümmern, die bei ihnen Herr Briand nächstens als einziger für möglich halten wird.“ — „Deutschland liebt Abenteuer. Auch selbst brutales Auftreten zum Beweis seiner Kraft und seines Nichtvergeßens.“ — „Frankreich gibt Zeugnis von Mäßigkeit und sogar Edelmut. Deutschland antwortet darauf mit einer Art von Bürgerkrieg, dessen Tendenz ganz deutlich antifranzösisch ist. Gewiß gibt es im Reich eine Minderheit, die friedliche Beziehungen zu den Vätern anstrebt. Im Augenblick sind diese Leute aber ganz ohnmächtig. In Belgien und in Frankreich können gar nicht genug Zeitungen darauf hinweisen, daß man in bezug auf die oft offiziellen Personen größte Vorsicht übt, die uns predigen, die Vorsicht einem Deutschland gegenüber außer acht zu lassen, das soeben seine volle Handlungsfreiheit erlangt hat.“

Immer die Angst vor Deutschland. Vielleicht doch wohl auch das schlechte Gewissen. Aber es sind die Italiener, die ehem. Bundesgenossen, die es nun den Franzosen steden. Der „Corriere della Sera“ schreibt am 9. Juli den Franzosen ins Stammbuch: „Daß die französische Besetzung des Rheinlandes eine schwere Last für die Bevölkerung gewesen ist und den Boden für empfindliche Reaktionen vorbereitet hat, ist doch ganz erklärlich. So liebenswürdig unter gewöhnlichen Umständen sich die Franzosen zeigen, so werden sie doch unausstehlich, sobald sie als Sieger den Fuß in ein Land setzen. Die Geschichte ist wahrhaftig berechtigt genug in dieser Beziehung.“

Die Russen, einst namentlich in Form ihrer zahlreichen Fürsten und Aristokraten, die beliebtesten Hotelgäste, fehlen heute natürlich ganz. Die französische Presse wehte die Nachricht vom traurigen Ende des Generals von Brummer herauf, einstmaliger Flügeladjutant des Großfürsten Nikolaus, der auf der Straße im Alter von 73 Jahren ein Leben der Entbehrung beendete.

Zur Wahlbewegung

Eine Wahlrede Dr. Wirths

Donnerstag abend hielt in Regnitz Reichsminister Dr. Wirth, der Spitzenkandidat der Zentrumspartei im Wahlkreis Regnitz, im überfüllten Schießhaus seine erste Wahlrede. Dr. Wirth sagte u. a., noch 1920 habe Stimmes empfohlen, Deutschland zu bolschewisieren, damit die rote Welle die Regierungskrise herbeiführe. Die Deutsche Volkspartei habe unter Dr. Stresemann umgelehrt, der allzuehr verstorben sei. Wer etwa glaube, wie es die Nationalsozialisten wollen, man könne die Verträge, man könne etwa auch den Versailler Friedensvertrag einfach zerreißen, den müsse man fragen, was dann kommen solle. Die Liquidation des Krieges sei eine Frage der Arbeitsleistung, das hätten unsere Gegner lange übersehen. Auf die Frage, ob der Youngplan tragbar sei oder nicht, mußte er sagen, daß der Youngplan, wenn die Wirtschaftskrise so weiter gehe, unerfüllbar sei. Es sei aber zweifellos, wenn die Agitatoren herumreisen und gegen die Reparationszahlungen reden. Wer einen anderen Weg wisse als die Verständigungspolitik, der trete vor. Auch sei das Saargebiet nicht befreit, und auch sonst wühle der Stachel des Versailler Vertrages noch in uns.

Die Not des nächsten Winters, der vielleicht 3/4 Millionen Arbeitslose bringen werde, mahne zur sachlichen Betrachtung der Dinge. Neue steuerliche Maßnahmen würden nur neues Kapital ins Ausland schaffen. Wenn die Sozialdemokraten im Herbst die Regierung übernehmen sollten, müßten sie wohl noch zu ganz anderen Maßnahmen greifen als zu denen, die sie jetzt bei der Regierung Brüning beabsichtigen. Die Republik, der ganze Staat und unser ganzes Volk können nur gedeihen, wenn im Reichstage eine sichere republikanische Mehrheit bestehe. Stegerwald, Brüning und er, so führte der Reichsminister weiter aus, seien Fortkämpfer der Sozialgesetzgebung. Ob es aber möglich sein wird, die soziale Gesetzgebung der letzten Jahre zu retten, wisse man noch nicht. Wenn es gelinge, dann werde es ein Ruhmesblatt der deutschen Republik sein.

Dr. Scholz über Sammlung

In einer Wahlkreisvertretertagung der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Düsseldorf-Dit in Düsseldorf sprach Reichsminister a. D. Dr. Scholz (Berlin) über Deutsche Volkspartei und staatspolitische Sammlung. Er erklärte u. a., daß der Ruf der Stunde sei: Das deutsche Bürgertum in einem starken Block zusammenzuschließen, um diejenigen Ideen fortzusetzen, die für die Rettung des deutschen Bürgertums, für die Rettung von Volk und Staat erforderlich seien. Wir werden, so erklärte Dr. Scholz, mit Parteien, wenn sie staatsbürgerlich empfinden und mit uns die Hindenburg-Linie mitverteidigen wollen, zusammengehen, ohne Rücksicht auf die Partei oder ihre Persönlichkeiten.

Hugenbergs Programm

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete Donnerstag abend in Berlin im überfüllten Sportpalast die erste Wahlversammlung, in der der Parteivorstand Dr. Hugenberg eine programmatische Rede hielt.

Er führte u. a. aus: Nicht Sammlung, sondern ihr Gegenteil ist die Folge der parlamentarischen Splitterungen, über die die Geschichte hart urteilen werde. Wie ganz anders wäre es heute aus, wenn das Zentrum sich zu einer Politik vaterländischer Zusammenarbeit mit den nationalen Kräften des Reiches zusammengebeugt hätte. Volksgedanken und Volksentscheid seien nicht vergeblich gewesen. Er wüßte, daß die christliche Rechte mitregiere, und daß wir im Reich und in Preußen eine vernünftige, vom Geist des Marxismus freie nationale Regierung bilden. Wir wollen um des Youngplans willen weder die deutsche Wirtschaft vollends zugrunde richten, noch die breiten Massen des Volkes verelenden lassen. Dr. Hugenberg kam dann auf seinen bekannten Plan einer Reparationsabgabe auf ausländische Erzeugnisse zu sprechen. Daneben fordert er ein Moratorium, wie es der Youngplan vorsieht. Innerpolitisch müsse eine völlige Abkehr von der bisherigen sozialistischen Wirtschaftspolitik eintreten. Die Reichsreform des Reichstagspräsidenten Dr. Lutzer und der Länderkonferenz werde

Italien ist das Land, das heute mit Hochdruck die Verwendung der eigenen Produkte anstrebt. Das italienische Volk soll davon abgehalten werden, ausländische Waren zu verbrauchen und ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Mit ihren Hochschulzöllen verfolgen die amerikanischen U. S. A. schon seit Jahren eine ähnliche Politik. Immerhin seien die zehn Gebote einer größeren Maschinenfabrik erwähnt:

1. Vergiß nie, wenn du ein ausländisches Produkt kaufst, sei es auch nur für einen Napfen, daß du dadurch entsprechend den nationalen Reichtum vermindert.
2. Verleihe bei deinen Einkäufen, auch bei den geringsten, das Interesse deiner Mitbürger und deines Landes nicht aus dem Auge.
3. Entschließe die italienische Erde und die italienischen Fabriken nicht durch die Gegenwart und den Gebrauch von Maschinen und Instrumenten, die im Ausland hergestellt werden.
4. Laß an deinem Tisch nie ausländische Speisen auftragen, denn dadurch schädigt du die italienischen Produkte.
5. Schreibe auf italienisches Papier, mit einer italienischen Feder, die du in italienische Tinte eintauchen wirst, und du wirst dann mit italienischem Fleckpapier abfließen.
6. Kleide dich nur in italienische Stoffe, die mit italienischen Maschinen hergestellt worden sind, und bedecke dein Haupt mit einem italienischen Hut.
7. Das italienische Wehl, die italienischen Früchte, der italienische Wein allein geben deinem Körper die wahre italienische Energie.
8. Wenn du, deine Frau und deine Kinder Schokolade trinken, siehe zu, daß diese kein italienischer Fabrikation ist.
9. Die Prähieren des Ausländers sollen dich nie von diesen Geboten abwendig machen, sei es überzeugt, daß die besten Produkte, was man immer auch sagen mag, die einzigen, die eines Würgers des großen Italiens würdig sind, die italienischen Produkte sind.
10. Dein Geld sollte nur an die italienischen Kaufleute, Industriellen und Arbeiter gehen.

Bei solchen Ansichten ist es nur verwunderlich, daß die Italiener von den zahlreichen Fremden noch das ausländische Geld annehmen.

Der Nachfolger des kommenden Mannheimer Intendanten in Erfurt gewählt. Die Stadt Erfurt hat den Intendanten Dr. Legband, Gladbach, zum Intendanten des Erfurter Stadttheaters ernannt. Falls die Stadt Gladbach Intendant Dr. Legband frei gibt, wird Intendant Herbert Maish seine Mannheimer Stellung im Laufe des Monats Oktober antreten können.

Rückbildungen als Wirkung des Tonfilms. Nach einer Mitteilung der Ortsverwaltung Stuttgart des Deutschen Musikerverbandes ist zum Herbst im Hinblick auf den Tonfilm sämtlichen Musikern in den Stuttgarter Lichtspielhäusern gekündigt worden.

von seiner Partei herporfen. Um der Arbeitslosigkeit zu steuern, müsse ein Arbeitsheer von Jugendlichen in strenger Zucht für ländliche Meliorationen, Straßenbau und ähnliche Arbeiten gebildet werden und die Industrie elastischer als bisher wirtschaftliche Depressionen auffangen. Weiter fordert Eugenberg Abkehr von den bisherigen Bahnen der Handelspolitik. Dazu gehören vor allem die Beseitigung des deutsch-polnischen Handelsvertrages.

Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei
Der frühere Landeshaupmann der Provinz Ostpreußen, Graf von Brünne-Welfschütz hat sein Mandat als deutschnationales Mitglied im Provinziallandtag niedergelegt und in einem Schreiben seinen Austritt aus der DNVP erklärt.

Die Deutschnationale Korrespondenz teilt mit, daß die Meldung, wonach der Bruder des verstorbenen deutschnationalen Führers Dr. Karl Helfferich, August Helfferich, aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten und zur Staatspartei übergegangen sei, unrichtig sei, da August Helfferich niemals Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei war. Es scheint eine Verwechslung mit dem anderen Bruder des verstorbenen Dr. Helfferich, Felix Helfferich, dem Vorsitzenden des Landesverbandes der Pfalz der Deutschnationalen Volkspartei, vorzuliegen, der aber noch heute dieses Amt innehat.

Eine Versammlung der Deutschen Staatspartei in München gesprengt

Die Deutsche Staatspartei wollte Donnerstag abend in München im großen Saale des Kreuzbräus ihre erste Wahlversammlung abhalten. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß eine ruhige Durchführung der Versammlung nicht möglich war, da die große Mehrheit der Erschienenen aus Nationalsozialisten bestand, die die Versammlung durch Lärm und das Abzingeln von Liefern störten. Der überwachende Polizeikommissar sah sich deshalb veranlaßt, einzuschreiten und die Versammlung aufzulösen. Versuche von Versammlungsteilnehmern, Kundgebungen auf der Straße zu veranstalten, wurden durch ein starkes Polizeiaufgebot unterdrückt.

Seine Millionen-Verluste der Kraftpost

Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß die deutsche Reichspost nie bestritten hat, daß sie im nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interesse der Bewohner des platten Landes, namentlich aber der Grenzgebiete, auch Linien unterhält, die sich nicht selbst tragen. Soweit die dabei entstehenden Verluste nicht durch die Überschüsse extragreicher Linien in dichtbesiedelten Gebieten ausgeglichen werden, werden sie weitgehend schon durch einen Bruchteil der Erparnisse an Postförderungskosten, die bei Nichtvorhandensein der Kraftposten an Dritte geschickt werden müßten. Zu dem gleichen Ergebnis ist auch der Reichspostkommissar gelangt, der den Kraftpostbetrieb bis in die Einzelheiten hinein durchgeprüft hat.

Kurze Nachrichten

Die Vorverhandlungen in dem Tarifstreit der sächsischen Metallindustrie am 14. August vor dem Schlichter haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Gewerkschaften aus rechtlichen Gründen die Zulässigkeit der Verfahrensbindung Sachsen-Leipzig bestritten und sich deshalb weigerten, in sachliche Verhandlungen einzutreten.

Die unverwundlichen Sklarets. Pressemeldungen zufolge haben die Gebr. Sklarek durch Pferdekäufe bereits wieder den Grundstein zu einem neuen Rennstall gelegt. Besonders reizvoll wirkt es dabei, daß sie die beiden Pferde ausgerechnet aus ihrer eigenen Konkursmasse erworben haben. Es wird gefragt, woher das für den Ankauf nötige Geld stammt! Die Stadt Berlin werde sehr gut daran tun, sich die Geldquellen der Brüder einmal näher anzusehen.

Die Ausrüstung des Memellandes. Der litauische Gouverneur hat, wie aus Memel gemeldet wird, den bisherigen Landesdirektor Reissigs, einen Nationallitauer, der nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung vertritt, zum Präsidenten des Direktoriums des Memelgebietes ernannt.

Neue Note der türkischen Regierung an Persien. Die türkische Regierung hat eine neue Note nach Teheran geschickt, in der sie der persischen Regierung eine enge Zusammenarbeit gegen die Kurden vorschlägt. — Es wird erklärt, daß die türkischen Truppen nur vorübergehend die Grenze überschritten hätten.

Sturmflutgefahren an der deutschen Nordseeküste

W.D. Hamburg, 15. Aug. (Tel.) Ein schweres Unwetter, verbunden mit wolkenbruchartigen Regengüssen und starken nordwestlichen Winden, die in Wden die Stärke bis zu 27 1/2 Stundenmetern erreichten, tobte seit den gestrigen Nachmittagsstunden über Hamburg und der Wasserante. Die deutsche Seewarte hat bereits Donnerstag vormittag eine Sturmwarnung ergehen lassen. Der Sturm preßt große Wassermassen in die Elb- und Wesermündung, so daß für die deutsche Nordseeküste Sturmflutgefahr besteht.

25 Tage in der Luft

W.D. St. Louis, 15. Aug. (Tel.) Die Flieger Jackson und O'Brien, die bereits Mittwoch nachmittag den kürzlichen von den Brüdern Hunter in Chicago aufgestellten Dauerflugrekord von 554 Stunden überboten hatten, begannen gestern mittag ihren 25. Flugtag.

Der amerikanische Flieger Captain Frank Hawks hat den amerikanischen Kontinent von Los Angeles bis New York in 12 Stunden 25 Minuten und 80 Sekunden überflogen und damit, wie schon kurz gemeldet, den Lindberghschen Rekord gebrochen. Lindbergh hat für dieselbe Distanz 14 Stunden 4 Minuten benötigt. Die Entfernung von Los Angeles nach New York beträgt in der Luftlinie 3250 Kilometer.

In Reutheun wurde der Knappschätzarzt Dr. Thiel, dem Sittlichkeitsverbrechen in drei Fällen, verjüngte Verleitung zum Meineid, Hausfriedensbruch und Diebstahl zur Last gelegt wurden, zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte hat sich an Kindern von 9 bis 11 Jahren vergangen. Als das Strafverfahren anhängig wurde, begab er sich mit einer Pistole in die Wohnung des Rates eines der von ihm mißbrauchten Mädchen und drohte, ihn zu erschließen.

Aus der Landeshauptstadt

Die Polizei-Nachbildungsklasse, die anlässlich des Richterbildungswesens der Polizei- und Gendarmenbeamten in der Polizeischule veranstaltet ist, wird bis zum 24. August verlängert.

Wetternachrichtenbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Wetterlage ist unbedeutend geblieben. Bei anhaltender Zufuhr warmer Luft durch zeitweise stürmische Westwinde zogen gestern mehrere Regenschauer über unser Gebiet. Stellenweise waren die Niederschläge von Gewittern begleitet. Der unbedeutende Witterungscharakter wird auch morgen anhalten. Wetterausblick: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Badischer Teil

Die staatliche Grund- u. Gewerbesteuer in Baden

In diesen Tagen erscheint eine neue Veröffentlichung des Staatlichen Landesamts über die „Staatliche Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1926“, die im Auftrag des Ministeriums der Finanzen bearbeitet worden ist.

Die Änderung des Systems der direkten Landessteuern durch die Reichsteuergesetzgebung und die grundlegende Reform der badischen Grund- und Gewerbesteuer im Jahre 1926 ließ eine Fortführung der legalen im Jahre 1919 erschienenen Statistiken über die badischen Steuern geboten erscheinen. Die dauernden Erörterungen über die Steuerbelastung innerhalb Badens, sowie im Vergleich zu anderen Ländern zeigen außerdem, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Interesse an der Kenntnis der Auswirkung der neuen Grund- und Gewerbesteuer besteht.

Das Buch enthält ausführliches Material über die Ergebnisse der Veranlagung zur Grundvermögen-, Betriebsvermögen- und Gewerbesteuer, die Zahl der Steuerpflichtigen, die Höhe der Steuerwerte und Steuerbeträge und ihre Verteilung auf die geographischen Steuerzonen unterchieden nach einzelnen Gemeinden, Amtsbezirken und für das Land im ganzen. In weiteren Übersichten sind für das Land im ganzen und die einzelnen Gemeindebezirke die geographischen Steuerzonen in 17 Stufen unterteilt, die einen genauen Einblick in die Schichtung der Steuerpflichtigen, der Steuergrundlagen und der Steuerbeträge ermöglichen. Den 15 Städten unseres Landes ist in der Veröffentlichung besondere Aufmerksamkeit geschenkt durch eingehende Darstellung der Grund- und Gewerbesteuer nach Steuerpflichtigen, Steuerwerten und Steuerbeträgen in 17 Stufen; eine zusammenfassende Übersicht erleichtert den Vergleich der Verhältnisse in den einzelnen Städten untereinander.

Dem Tabellenwert ist ein begleitender Text vorangestellt, der über die geschichtliche Entwicklung der badischen Steuern unterrichtet und die bei der Reform der Grund- und Gewerbesteuer maßgeblichen Gesichtspunkte ausführlich darlegt. Bei der Beschreibung der einzelnen Steuern ist, soweit möglich, auf ihre Auswirkungen auf die einzelnen Landesbezirke, Berufsgruppen, sowie auf einen Vergleich der früheren mit der heutigen Belastung eingegangen. Eine Reihe in diesem Zusammenhang recht wertvoller Gesichtspunkte konnten leider aus Ersparnisgründen oder weil keine entsprechenden Unterlagen zur Verfügung stießen, nicht behandelt werden.

Immerhin gibt die Veröffentlichung u. a. Aufschluß über die Belastung des Grundvermögens, des Betriebsvermögens und des Gewerbeertrages, sowie über das Ausmaß der Entlastung der kleinen und mittleren Steuerpflichtigen usw. Außerdem ist die Frage, inwieweit die Absichten des Gesetzgebers hinsichtlich des Belastungsverhältnisses zwischen Grundvermögen und Gewerbebetrieb einerseits und Betriebsvermögen und Gewerbebetrieb andererseits bei der Steuerreform vom Jahre 1926 verwirklicht worden sind, ausführlich erörtert. Die Arbeit dürfte geeignet sein, auch manche irrtümliche Vorstellungen über badische Steuerbelastung im Verhältnis zu andern deutschen Ländern beseitigen zu können.

Das Buch kam zum Preise von 4 M vom Badischen Staatlichen Landesamt in Karlsruhe (Postfachkonto Nr. 225 65) bezogen werden.

Das zusätzliche Reichswohnungbauprogramm

Beziehungen mit den süddeutschen Ländern

Der vom Reichsarbeitsminister für die Durchführung des zusätzlichen Wohnungbauprogramms für das Jahr 1930 als Reichskommissar bestellte Ministerialrat Dr. Imhof (Karlsruhe) hat die Verhandlungen mit den Ländern bereits aufgenommen und zunächst in Darmstadt, Karlsruhe und Stuttgart mit den verantwortlichen Stellen die den Ländern aus dem Wohnungbauprogramm der Reichsregierung zufallenden besonderen Aufgaben durchgesprochen. Der Reichskommissar hat darauf zu achten, daß die Bestimmungen über die Zulässigkeit des Bauprogramms, über die Vereinfachung der Bauweise, Entlastung der Baukosten und der Mieten und über die Beschäftigung möglichst zahlreicher Arbeitsloser eingehalten werden. Er soll weiter dafür sorgen, daß die Bauarbeiten tunlichst bald in Angriff genommen werden, und daß eine Verzögerung durch die Überwachungsstätigkeit vermieden wird. Der Reichskommissar hat auf seiner Reise festgestellt, daß in Baden, Hessen und Württemberg die Verteilungspläne, teilweise sogar schon die endgültigen Baupläne vorliegen, und daß die Bauarbeiten so weit gefördert sind, daß schon in zwei bis vier Wochen mit dem Bau begonnen werden kann. Da nach dem Reichsbauprogramm möglichst zahlreiche Arbeitslose zu den Bauarbeiten herangezogen werden sollen, haben an den Besprechungen mit dem Reichskommissar auch die Vertreter des Landesamts des jeweiligen Landes teilgenommen. Besonders bemerkenswert ist es, daß die im Bauprogramm der Reichsregierung betonte Notwendigkeit, die Bauweise auf das Äußerste zu vereinfachen, von den Städten schon selbst empfunden worden ist, und daß sie dieser Notwendigkeit bei den letzten Bauunternehmungen bereits Rechnung getragen haben. Die Besprechungen des Reichskommissars mit den Ländern werden fortgesetzt.

Das Abkommen für den Kleinen Grenzverkehr mit Frankreich

Die Ratifikationsurkunden zu dem Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr an der deutsch-französischen Grenze vom 25. April 1929 sind am Donnerstag im Auswärtigen Amt in Berlin unterfertigt worden. Das Abkommen wird am 14. September 1930 in Kraft treten.

Das neue Roggenbrot

Das Brotgesetz vom 7. Juli tritt am heutigen, 15. August d. J. in Kraft. Von dieser Änderung interessiert besonders der § 1, welcher besagt: Es darf nur folgendes Brot hergestellt werden:

1. das mindestens 97 Proz. Roggenmehl enthält, welches zu 60 Proz. ausgemahlen ist; 2. das mindestens 97 Proz. Mahlerzeugnisse des Roggens enthält, die zu 100 Proz. ausgemahlen oder geschrotet sind; 3. das mindestens 80 Proz. Roggenmehl, welches höchstens zu 60 Proz. ausgemahlen ist und höchstens 17 Proz. Weizenmehl enthält. Das Mischbrot ist leicht erkennbar zu kennzeichnen.

Schiedspruch

für das badische Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe

W.D. Freiburg, 15. Aug. (Tel.) Nach fast siebenstündigen Verhandlungen wurde gestern abend ein Schiedspruch für das badische Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe gefällt, durch den ein einheitlicher Landeslohnstarif geschaffen wird. Dieser bestand aus einem einheitlichen Manteltarif, aber verschiedene örtliche Lohnabkommen. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 28. August.

Die Wahlbewegung in Baden

Die liberale Einigung in Baden

Der Landesauschuß der Deutschen Demokratischen Partei Baden, der am Donnerstag in Offenburg zu einer Besprechung zusammengetreten war, stimmte dem Wahlabkommen, das zwischen der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei getroffen worden ist, zu. Auch die Volkspartei hat diesem Abkommen zugestimmt.

Danach wurde in Baden an erster Stelle der gemeinsamen Wahlliste Reichsaussenminister Dr. Curtius und an zweiter Stelle Reichsfinanzminister Dietrich kandidieren.

Die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei von Baden — dessen Landesauschuß gleichfalls in derselben Angelegenheit am Donnerstag in Karlsruhe getagt hat — und Württemberg finden am heutigen Freitag statt. Die Verhandlungen des Landesauschusses sind am Donnerstag noch nicht zum Abschluß gekommen.

Der katholische Klerus wehrt sich gegen radikale Verunglimpfungen

Die am 12. August in Freiburg tagende freie Konferenz des katholischen Klerus war von etwa 100 katholischen Geistlichen der Stadt Freiburg und des Breisgau besetzt. Sie befaßte sich mit der gegenwärtigen Lage des deutschen Vaterlandes und wandte sich sowohl gegen die landwirtschaftliche Konjunkturpolitik als auch gegen die verschiedenen kulturkampferischen Erscheinungen des Rechtsradikalismus. Mit Entrüstung wies die Konferenz die Beschimpfung zurück, als ob der Klerus in Baden nicht national und deutsch geeint sei.

Getreideanbauflächen im Wirtschaftsjahr 1930/31

Vermehrung des Weizenbaus

Die Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat hat im Benehmen mit den Landwirtschaftskammern am 15. Juli bei sämtlichen Berichterstattern für die landwirtschaftliche Konjunkturpolitik eine Umfrage gehalten, wie sich auf Grund der derzeitigen Marktentwicklung die Anbauflächen für das Wirtschaftsjahr 1930/31 voraussichtlich gestalten werden.

Nach dem Ergebnis der Kundfrage beabsichtigen die Berichterstatter für Baden 1930/31 in Prozent der letztjährigen Anbauflächen zu bestellen: Wintergerste 108,7 Proz., Sommergerste 146 Proz., Winterroggen 81,8 Proz., Wintergerste 95,6 Proz., Sommergerste 91,1 Proz., Safer 86,5 Proz. Die Ergebnisse zeigen das Bestreben der Berichterstatter, die notwendigen Folgerungen aus der bisherigen Entwicklung der Marktlage für Getreide zu ziehen. Es besteht die Absicht, die Anbauflächen für Weizen, insbesondere für Sommerweizen, auf Kosten der übrigen Getreidearten zu vergrößern. Besonders wertvoll sind die stärkeren Einschränkungen, die voraussichtlich beim Roggenbau vorgenommen werden. Diese Preissteigerungen im letzten Jahre zurückzuführen. Bei der Beurteilung der Prognostik ist allerdings zu beachten, daß es sich um die Angaben solcher Landwirte handelt, die schon auf Grund ihrer Mitarbeit bei der Konjunkturberichterstattung im Verhältnis zu der Mehrzahl der Landwirte mehr mit Markt- und Abfragefragen beschäftigt sind. Man wird deshalb aus den Ergebnissen der Erhebung nur mit Vorsicht Schlüsse auf die voraussichtliche Gestaltung der Gesamtanbauflächen ziehen dürfen.

Aus der badischen Industrie

Auslandsauftrag für Grün & Silfinger. Wie die „Neue Mannh. Ztg.“ erfährt, ist zwischen der portugiesischen Regierung und der Firma Grün & Silfinger AG. in Mannheim ein Kontrakt über den Ausbau des Hafens von Lobito in Westafrika unterzeichnet worden. Es handelt sich um ein Objekt von 4,1 Millionen RM. Die Beschäftigung der Fabrik wird als zufriedensstellend bezeichnet.

Entlassung von 500 Arbeitern bei Lang. Nach einer Mitteilung der Lang-Werke in Mannheim hat die Firma beim Landeskommissar Antrag auf Entlassung von weiteren 500 Arbeitern aus der Gesamtbelegschaft gestellt. Es handelt sich um eine alljährlich in gleicher Weise wiederkehrende Maßnahme, die durch den saisonmäßigen Charakter des Geschäfts in landwirtschaftlichen Maschinen bedingt ist. Die Belegschaft wird bis auf weiteres 2500 Mann betragen.

Der Betrieb der Herrenmühle in Heidelberg, die bekanntlich kurze Zeit stillgelegen war, ist am Donnerstag zum Teil wieder aufgenommen worden. Wie die „S. R.“ hören, werden auch die Mannheimer Mühlen ihren Betrieb teilweise wieder aufnehmen.

Die Obenwälder Hartsteinindustrie hat ihren Betrieb in Niederramstadt wegen Mangels an Aufträgen gänzlich stillgelegt und die Belegschaft reiflos entlassen. Die übrigen Betriebe sind ebenfalls nicht mehr beschäftigt.

Kurzarbeit in der Zigarrenindustrie. Infolge Arbeitsmangels wird in der Blumfischen Zigarrenfabrik in Ochsenfurt die Arbeitszeit auf 24 Stunden wöchentlich verkürzt. Davon werden auch Frauen, deren Männer durch die Stilllegung des Gipswerkes in Redarzinnumern schon arbeitslos sind, betroffen.

Kleine Chronik

Ein in der Kriminalgeschichte Berlins wohl einzig dastehender Raubüberfall ist im Nordosten Berlins verübt worden. An der Ede Landsberger- und Kaltschadenstraße wurde gegen 2 Uhr nachts ein Kaufmann von vier Frauen, die ihm eine Zeitlang gefolgt waren, überfallen, niedergeschlagen und seiner Brieftasche mit über 100 M Inhalt beraubt. Die vier Frauen ergriffen dann die Flucht und entkamen.

Im Hamburger Freihafen ist man einem Kaffeeschmuggel auf die Spur gekommen, von dem man noch nicht weiß, welchen Umfang er annehmen wird. In dem einem Hamburger Kaffeehändler gehörenden Lastauto wurde von einem revidierenden Zollbeamten ein doppelter Boden entdeckt. Nach den bisherigen Ermittlungen haben die Schmuggler, die noch mit zwei weiteren Lastwagen arbeiteten, in den letzten Monaten mindestens 1400 Sack Kaffee aus dem Freihafengebiet unverzollt in das Stadinnere gebracht. Drei Personen sind verhaftet.

In einer Sandgrube bei Boisenburg (Elbe) stieß man beim Graben auf große Mengen Sprengstoff. Die Sprengkörper stammen vermutlich aus den im Jahre 1923 auf der Munitionsverlegungsstelle der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut in Zweiborf ausgeführten Diebstählen.

Die Untersuchung über den tragischen Selbstmord des Dienstmädchens Gertrud Schade, die wegen angeblicher Unterschlagung von 100 M verhaftet worden war und sich aus Gram darüber das Leben nahm, hat zu der Suspendierung des Wachtmeisters May geführt, der für die Festnahme und die Behandlung verantwortlich gemacht wird.

Gemeinderundschau

Aus dem Baden-Badener Stadtrat

wird berichtet: Da durch das starke Anwachsen des Fürsorgeaufwandes, den Rückgang der Einnahmen und Steuerertragnisse im laufenden Wirtschaftsjahr mit einem erheblichen ungedeckten Aufwand zu rechnen ist, wird ein Sparauschuss eingesetzt mit der Aufgabe, den Voranschlag 1930 zu prüfen, welche Ausgaben zum teilweisen Ausgleich des Fehlbetrags gestrichen werden können.

Die Stadt ist — so schreibt die „Bad. Volksztg.“ — durch die wirtschaftliche Depression wiederum in schwere Wirtschaftsnöte geraten. Hat man geglaubt, durch die Veranschlagung der städtischen Werke die Zinsenlast für kurzfristige Anleihen und diese selbst abzulösen, so kommt nun durch die gewaltig ansteigende Arbeitslosenzifferkurve, durch die Fürsorgekosten im laufenden Wirtschaftsjahr schon wieder ein gewaltiges Defizit von rund 850 000 M heraus, für das nun Deckungsmöglichkeiten gesucht werden. Hinzu kommt, daß der bald ein Defizit von rund 220 000 M bringen wird. Auch der Ausfall an Reichsteuervereinerungen macht 130 000 M aus. Die Grunderwerbsteuer bringt 30 000 M weniger ein, die Biersteuer 10 000 M und die Kurverwaltung 85 000 M usw. Auf der Plusseite ist ein Mehreingang an Gebäudesondersteuerbeträgen von 45 000 M zu verzeichnen, ebenso an Schulgeld von 6000 M. Die Besteuerung der freien Verufe bringt ebenfalls ein Mehr von 48 000 M ein. Immer bleibt noch ein Defizit von rund 850 000 M, das noch größer werden kann, wenn die Arbeitslosenziffer so weiter ansteigt.

Der Stadtrat, der auch über die Einführung der Bier- und Schanksteuer sowie der Bürgerabgabe beraten hat, kam zu der Auffassung, daß gegen die Biersteuer, die schärfungsweise in diesem Halbjahr (sie soll am 1. September in Kraft treten) 40 000 M einbringt, nichts einzuwenden sei, daß aber die Schanksteuer und die Bürgerabgabe vorläufig zurückgestellt werden müssen, um der Bürgerabgabe vorläufig nicht noch mehr unerträgliche Lasten aufzubürden.

Der Gemeindevoranschlag 1930/31 von Amlasthausen (bei Rosbach) schießt mit 102 505 M Einnahmen und 119 489 M Ausgaben ab. Es werden erhoben vom Grundvermögen 65, vom Betriebsvermögen 26 Pf., vom Gewerbevermögen 4,89 Pf. Für den vollständigen Ausbau der hiesigen Fest- und Turnhalle wurden 15 000 M eingestellt. Die Außenstelle des Arbeitsamtes zählt zur Zeit 60 Arbeitslose.

Fremdenzahlen in badischen Kurorten. Baden-Baden meldet am 7. August eine Gesamtbesucherzahl von 51 923 Kurgästen, darunter 14 165 Ausländer. Badenweiler zählte bis 8. Aug. 7891 Kurgäste, darunter 1563 Ausländer. Konstanz für den Monat Juli 20 990 Fremde (im Juli 1929: 21 343), darunter waren 2623 Ausländer. Titisee 2573 Gäste. Schwetzingens Schlosspark wurde im Juli 1930 von 35 500 Personen besucht. Der Ausländerbesuch hat eine Steigerung von etwa 50 Proz. erfahren.

Der Bürgerauschuss Völkheim genehmigte den Voranschlag mit 29 gegen 10 Stimmen. Größere Kosten, wie 10 000 M für die Leichenhalle, 10 000 M für das Schulhaus und 6000 Reichsmark für Schwimmbad mußten gestrichen werden. Der bisherige Umlagefuß konnte beibehalten werden.

Der Voranschlag von Schriesheim (bei Heidelberg) wurde in der zweiten Beratung angenommen, und zwar mit 21 gegen 20 Stimmen, nachdem der Bürgermeister auf die Gefahren einer erneuten Ablehnung aufmerksam gemacht hatte. Statt der vorgesehenen 25 000 M sind nur 11 000 M für Kostlandsarbeiten bewilligt worden. Bei Bedarf sollen weitere Mittel durch den Bürgerauschuss bewilligt werden. Einstimmig wurde beschlossen, eine Rohrreinigung der Wasserleitung durchzuführen, deren Kostenaufwand von 9000 M auf zwei Jahre umgelegt werden soll. Ebenso wurde der Einführung der Trichterschau zugestimmt.

Der Voranschlag von Kuppenheim. Nach der Genehmigung des neuen Gemeindefinanzplans stellen sich die Umlagefüße auf 60 Pf. für Betriebsvermögen, 1,20 M für Grundstücke und Gebäude, 1,80 M für Bad und 9 M für den Gewerbevermögen.

Der Bürgerauschuss Breisach nahm mit 22 gegen vier Stimmen den Voranschlag 1930/31 an, der eine Umlage von 88,8 Reichspfennig vom Grundvermögen, 35,52 Pf. vom Betriebsvermögen und 666 Pf. vom Gewerbevermögen vorsteht.

Kurze Nachrichten aus Baden

bid. Höpfigen, 14. Aug. Mittwoch nachmittag ging ein schweres Gewitter über die Gegend. Dabei schlug der Blitz ein und in ganz kurzer Zeit standen vier gefüllte Scheuern in Flammen. Auch Schuppen und Stallungen wurden ergriffen, doch konnte das Vieh zum größten Teil in Sicherheit gebracht werden. Die Ernte ist vollständig verbrannt. Die Geschädigten sind die Landwirte Michael Anton Böhler, Heinrich Haud, Otto Trunt, Michael Franz Dörr, Witwe, und Gustav Böhler. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Durch Versicherung sind alle gedeckt.

D3. Vom Feuberg, 14. Aug. Ende Juli befanden sich im Erholungsheim Feuberg 1056 Knaben und 1157 Mädchen, insgesamt 2213 Kinder, in der Haushaltungsschule 181 Mädchen, in der Fortbildungsschule 95 Mädchen und in der Heilstätte 195 Knaben, 173 Mädchen und 23 Erwachsene, insgesamt 391 Personen. Die gesamte Belegung des Feubergs belief sich danach auf 2888 Personen.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zur Erstellung eines Posthausneubaus hat die Stadtgemeinde Rosbach folgende Arbeiten zu vergeben:

1. Abbruch, Erd- und Maurerarbeiten,
2. Eisenbetonarbeiten,
3. Steinhauerarbeiten,
4. Zimmerarbeiten,
5. Eisen- und Schmiedearbeiten,
6. Dachdeckerarbeiten,
7. Klempnerarbeiten,
8. Boden- und Wandbelage, Estriche.

Zeichnungen, Arbeitsauszüge und Bedingungen liegen vormittags von 10 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 Uhr bei dem unterzeichneten Bauleiter zur Einsicht auf, wofür auch Angebotsvordrucke, d. h. so lange Vorrat, gegen Kostenersatz erhältlich sind.

Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens den 26. August 1930 vormittags 11 Uhr beim Bürgermeistereiamt einzureichen, wo auch gleichzeitig die Öffnung der eingekommenen Angebote in Gegenwart der erschienenen Unternehmer stattfindet. R. 535
Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Rosbach, den 14. August 1930.

Der Bauherr: Der Bauleiter:
Gemeinderat. Joh. Wieg. Baumstr.

Großhandelspreise u. Kleinhandelspreise

Bei dem Preissturz, der für industrielle Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse im letzten Jahr eingetreten ist, hat die Frage, ob die Verbraucherpreise dem Rückgang gefolgt sind, ganz besondere Bedeutung gewonnen. Auf Seiten der Rohstoffproduzenten herrscht vielfach der Eindruck, daß sie allein die ganze Schwere der Wirtschaftskrise zu tragen hätten, und daß die verarbeitenden Industrien und insbesondere der Handel in ihrer Preisstellung keine solche Elastizität aufweisen, wie sie gegenwärtig zu einer Behebung des Abfalles erforderlich wäre. Die gleiche Vorstellung herrscht auch in den Kreisen der Konsumenten, die sich bei der Verminderung des Einkommens, die vielfach durch Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen und Lohnkürzungen eingetreten ist, darüber beklagen; daß die Verbraucherpreise sich dem Rückgang der Großhandelspreise nur unvollkommen anpassen.

Die Frage, ob diese Behauptungen zutreffen, ist in einer so allgemeinen Form kaum zu beantworten. Vielfach werden aber bei diesen Erörterungen zwei Dinge nicht genügend beachtet: einmal, daß sich mit sinkenden Rohstoffpreisen und Großhandelspreisen die Kosten der Verarbeitung und Verteilung nicht in gleichem Umfang erniedrigen, und zum andern, daß die Kleinhandelspreise eine an sich geringere Beweglichkeit aufweisen als die Großhandelspreise. So beträgt z. B. bei den Textilwaren der Anteil der Rohstoffe nur 20 Proz. des Einzelhandelspreises. Ein Rückgang der Großhandelspreise um 20 Proz. wird sich — unter sonst gleichen Verhältnissen — im Kleinhandelspreis also nur mit einem Rückgang von etwa 4 Proz. auswirken können. Bei den Nahrungsmitteln macht der Anteil der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Durchschnitt nur etwa 60 Proz. des Kleinhandelspreises aus. Wenn also beispielsweise der Index für landwirtschaftliche Erzeugnisse um 20 Proz. sinkt, wird der Index für die Ernährungsausgaben nur um 12 Proz. zurückgehen. Die amtlichen Indizes zeigen nun, daß im letzten Jahr die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse um etwa 15 Proz. und die Preise für Textilrohstoffe und Leder im Durchschnitt um rund 25 Proz. gesunken sind. Gleichzeitig haben die Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel um 7,8 Proz. und die Preise für Bekleidungsgegenstände um 3,2 Proz. nachgegeben.

Im wesentlichen dürften damit die Verbraucherpreise den Rohstoffpreisen gefolgt sein; aber es ist nicht zweifelhaft, daß sich der Preisrückgang noch nicht überall in einem Grad durchgesetzt hat, wie es den gegenwärtigen schwierigen Abfahrbestimmungen und der geschwächten Kaufkraft breiter Verbraucherschichten entspricht. Wenn die Kleinhandelspreise den Großhandelspreisen nach nicht ganz gefolgt sind, so ist dies zum Teil auch dadurch bedingt, daß der Einzelhandel seine Verkaufspreise überwiegend nach den Einkaufspreisen — nicht nach den Wiederbeschaffungspreisen — festsetzt. Je nach der Größe der Lagerbestände folgen die Kleinhandelspreise den Großhandelspreisen, also erst in einem gewissen Abstand. Daß dies nicht nur bei sinkenden, sondern auch bei steigender Preisbildung gilt, zeigen augenblicklich z. B. die Preise für Weizenmehl, die den stark gestiegenen Getreidepreisen und den Wertenpreisen für Mehl bislang nur zu einem Teil gefolgt sind.

Aber gerade, wenn man anerkennt, daß der Einzelhandel in seiner Preisbildung besser funktioniert als gemeinhin angenommen wird, muß mit Nachdruck gefordert werden, daß er sich in dieser kritischen Zeit seiner großen volkswirtschaftlichen Aufgabe bewußt bleibt, und den Rückgang der Großhandelspreise den Konsumenten soweit als irgend möglich zuteil kommen läßt. Der allgemeinen Wirtschaftslage würde es überdies nur entsprechen, wenn der Handel darüber hinaus auch seine Gewinnspanne auf ein Mindestmaß einschränkt.

Ob sich der Preisrückgang im Einzelhandel im vollen Umfang durchsetzt, hängt schließlich auch von den jeweiligen Wettbewerbsverhältnissen ab. Der Anreiz, mit niedrigeren Preisen hervorzutreten, besteht im allgemeinen nur, wenn dadurch die Aussicht gegeben ist, den Umsatz zu vergrößern. Dies ist in vielen Branchen nur bei gleichzeitig verstärkter Nachfrage möglich, die sich — mit Ausnahme der Schaufensterreklame — in wirksamem Umfang meistens nur größere Betriebe leisten können. Der Preisrückgang bietet daher Warenhäusern und Spezialgeschäften einen besonderen Anreiz, neue Kundenschaft zu werben. Bei der Vielgestaltigkeit der Betriebsformen im Einzelhandel werden sich überall dort, wo leistungsfähige Betriebe als Schrittmacher des Preisabbaus auftreten, auch die kleineren Betriebe Preisherabsetzungen nicht entziehen können. Dabei ist es natürlich Voraussetzung, daß die Verbraucher auch ernstlich befreit sind, zu billigeren Preisen — bei gleichwertigen Waren — einzukaufen. Bei der deutschen Hausfrau, durch deren Hände fast 1/2 des gesamten Volkseinkommens ausgegeben werden, liegt es bis zu einem gewissen Grad, wirksam zum Preisabbau beizutragen.

Handel und Wirtschaft

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 13. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 85 sh 1/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7978 pence.

Diskontomäßigkeit in Amerika. Das Federal Reserve Board gab, wie aus Washington gemeldet wird, bekannt, daß die Federal Reserve Bank of Kansas City ihren Diskontsatz von 4 auf 3 1/2 Proz. herabgesetzt habe. Somit hatten nur noch die Bundesreservebanken in Minneapolis und Dallas den 4prozentigen Diskontsatz aufrecht.

Vergleichstermin Rudolf Landes, Mannheim, verlag. In dem ersten gerichtlichen Termin der Firma Rudolf Landes, Wöhringstraße, Mannheim, ist der Antrag auf Vertagung um 14 Tage gestellt worden. Die offenen Forderungen betragen etwa 223 000 M, zugestimmt haben dem Vergleich bis jetzt 137 500 M, darunter befinden sich etwa 10 000 M Forderungen und Zustimmung bis zum Betrage von 100 M, die nach dem vorliegenden Vorschlag voll befriedigt werden. Nicht berücksichtigt sind dabei aber die Ausfallbürgschaften der Banken. Es haben angemeldet die Deutsche Bank-Diskontogesellschaft 43 000 M, die Kommunale Landesbank 10 000 M, die Preussische Zentral-Bodenkreditanstalt 25 000 M. Ungünstiger noch ist das Ergebnis der bisherigen Zustimmungen nach der Kopfzahl bemessen. Von 380 Gläubigern werden 130 vollbefriedigt, von den am Verfahren teilnehmenden 250 haben 110 zugestimmt. Neuer Termin wurde festgesetzt auf 28. August. Bekanntlich werden 50 Proz. geboten, zahlbar in zehn Raten, deren letzte am 15. Juli 1932 fällig ist.

Strahburger Eisenverehr. Im Monat Juli 1930 betrug der Strahburger Gesamtahfenverehr 506 619 Tonnen gegenüber 511 728 Tonnen im Vormonat. Eingeführt wurden 158 875 Tonnen Roheisen (Juni 206 753 Tonnen), 34 530 (29 350) Tonnen Getreide und 13 221 (10 160) Tonnen Hydrokarbonate, ausgeführt wurden 99 162 (70 792) Tonnen Stahl, 132 480 (129 139) Tonnen Eisenerze, 5006 (6506) Tonnen Soda und 4065 (5713) Tonnen metallurgische Produkte. Die Steuerung der Kalitranporte ist auf den 14-tägigen Kalibergarbeiterstreik zurückzuführen, wobei die Arbeitswilligen zum Versand verwendet wurden. Auf der Strecke Strahburg-Günningen wurde der elektrische Treibverkehr aufgenommen. Die Kosten für einen 280-Tonnen-Rahn nach Günningen betragen 1520 Franken, für die leere Rückfahrt 310 Franken.

Berliner Devisennotierungen

	15. August		14. August	
	Belb.	Grin.	Belb.	Grin.
Amsterdam 100 G.	168.52	168.86	168.54	168.88
Kopenhagen 100 Kr.	112.18	112.40	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	21.905	21.945	21.91	21.97
London . . . 1 Gfd.	20.373	20.413	20.373	20.413
New York . . . 1 D.	4.1825	4.1905	4.182	4.190
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	81.345	81.505	81.342	81.502
Wien 100 Schilling	59.12	59.24	59.12	59.24
Wrag. . . . 100 Kr.	12.407	12.427	12.406	12.426

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Befördert:

Verwaltungsobersinspektor Friedrich Schlattecker beim Bezirksamt Waldshut zu jenem in Mannheim.

Literarische Neuerscheinungen

„Der gute Ton in allen Lebenslagen.“ Ein Handbuch für den Verkehr in der Familie, in der Gesellschaft und im öffentlichen Leben von Franz Ehrhart. 22. Auflage. Den Anforderungen unserer Zeit angepaßt von Marita von Bobeltitz. Buchschmuck von Elise Benz-Vielor. (Verlag von Julius Klinkhardt in Leipzig. Ballonleinenband 10 M.). — Die Aufzeichnung des im Jahre 1872 erstmalig erschienenen, in seiner Art berühmten Buches durch Frau Marita von Bobeltitz ist überall so warm begrüßt worden, daß sich Verlag und Herausgeberin entschlossen haben, den „Guten Ton“ einer durchgreifenden Neubearbeitung zu unterziehen. Doch auch in dieser 22. Auflage hat die Bearbeiterin auf die liebenswürdige Tradition des Buches Rücksicht genommen, denn ob Wöden kommen und gehen, Sitten wechseln, so bleibt doch die Gesittung bestehen, auf der letzten Endes die Möglichkeit reibungslosen Zusammenlebens, das man „Gesellschaft“ nennt, sich gründet.

Max Brand: Der siebente Mann. Roman. (Tb. Knauer Nachfolger Verlag Berlin W 50.) Viele Typen aus dem fernen Westen hat Max Brand in seinen farbigen und organellen Bildern geschildert, aber die anziehendste und zugleich unheimlichste seiner Gestalten ist wohl Dan Barry, der Findling, dessen letzte Schicksale im „Siebenten Mann“ berichtet werden. Aus der Wildnis ist Dan Barry zu den Menschen gekommen. Die Wildnis und ihre Gesetze sind ihm vertrauter und anziehender geblieben als die Menschen. Selbst die Frau, die ihn liebt, kann ihn nicht halten, wenn die Stimmen draußen locken. Der Konflikt, der sich lange angeht hat, kommt zum Ausbruch. Dan Barry ist für ein Pferd, das unter ihm erschossen wurde, Wutrade an den Menschen. Das ganze Land macht gegen ihn mobil. Eine atemlose Jagd entspinnt sich. Aber nicht die bewaffneten Aufgebote werden Dan Barry zum Verhängnis. Erst als er der Frau, die ihm alles geopfert hat, ihr Kind zu rauben versucht, ist sein Schicksal besiegelt.

Bürgermeisterstelle.

Infolge Ablebens des bisherigen Inhabers ist die Stelle des

Bürgermeisters

der Stadtgemeinde Sinsheim a. d. Elsenz neu zu besetzen. Bewerber, welche über umfassende Kenntnisse auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung verfügen und sich in gleicher oder ähnlicher Stelle bewährt haben, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften bis spätestens 1. September 1930 beim Gemeinderat einreichen.

Besuch ohne Aufforderung ist nicht erwünscht.

Sinsheim, den 14. August 1930. R. 537

Der Gemeinderat

J. B.: Stoll

KommunalDarlehen

vermittelt unter günstigen Bedingungen

JOSEPH LIEBMANN

Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER
DOSENHEIM A. S. BRUNNEN
LIEFERT AUS SCHLOSS U.
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

DIE BEILAGEN

DER KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden
Badischer Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan

Inserieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein

Druck G. Braun, Karlsruhe